

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1976

Ausgegeben am 30. Juni 1976

90. Stück

- 312.** Bundesgesetz: Änderung der Richterdienstgesetz-Novelle 1971
(NR: GP XIV RV 221 AB 287 S. 28. BR: AB 1547 S. 353.)
- 313.** Bundesgesetz: Heeresgebührengesetz-Novelle 1976
(NR: GP XIV RV 160 AB 270 S. 28. BR: AB 1548 S. 353.)
- 314.** Bundesgesetz: Abgeltung von Prüfungstätigkeiten im Bereich des Schulwesens mit Ausnahme des Hochschulwesens und Entschädigung der Mitglieder von Gutachterkommissionen gemäß § 15 des Schulunterrichtsgesetzes
(NR: GP XIV RV 180 AB 266 S. 28. BR: AB 1556 S. 353.)

312. Bundesgesetz vom 23. Juni 1976, mit dem die Richterdienstgesetz-Novelle 1971 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Die Richterdienstgesetz-Novelle 1971, BGBl. Nr. 283, wird wie folgt geändert:

Art. II Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die im § 26 Abs. 1 des Richterdienstgesetzes vorgesehene vierjährige Rechtspraxis wird für die Zeit bis einschließlich 30. Juni 1979 für Personen, die bis einschließlich 30. Juni 1976 zu Richteramtsanwärtern ernannt wurden, auf drei Jahre herabgesetzt.“

Artikel II

Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Juli 1976 in Kraft.

Artikel III

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Justiz betraut.

Häuser Kirchschräger Broda

313. Bundesgesetz vom 23. Juni 1976, mit dem das Heeresgebührengesetz geändert wird (Heeresgebührengesetz-Novelle 1976)

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Heeresgebührengesetz, BGBl. Nr. 152/1956, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl.

Nr. 140/1957, 116/1962, 185/1966, 12/1967, 272/1969, 272/1971, 221/1972 und 413/1974 wird wie folgt geändert:

1. Der zweite Satz des § 2 Abs. 2 hat zu lauten: „Die anderen Wehrpflichtigen führen die Dienstgradbezeichnung ‚Wehrmann‘.“

2. Dem § 2 ist folgender neuer Abs. 4 anzufügen:

„(4) Die in den Abs. 1 bis 3 geregelten Dienstgradbezeichnungen sind gesetzlich geschützt.“

3. § 3 hat zu lauten:

„Umfang der Ansprüche

§ 3. Die Ansprüche nach diesem Bundesgesetz umfassen:

- a) Barbezüge (§§ 4 bis 7 a),
- b) Sachbezüge (§§ 8 bis 12 a),
- c) Leistungen bei Erkrankung oder Verletzung sowie im Falle des Ablebens von Wehrpflichtigen (§§ 13 bis 17 a),
- d) Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfe (§§ 18 bis 26),
- e) Entschädigungen (§ 27).“

4. § 4 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Den Wehrpflichtigen gebührt vom Tag ihres Dienstantrittes an für jeden in die Dienstzeit einzurechnenden Tag des Präsenzdienstes ein Taggeld, das für Wehrmänner, Chargen und Unteroffiziere 30 S täglich, für Offiziere 60 S täglich beträgt.“

5. § 4 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Wehrpflichtige, die einen außerordentlichen Präsenzdienst gemäß § 28 Abs. 5 lit. b

oder c des Wehrgesetzes in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 272/1971 leisten, gebührt ein Taggeld von 70 S täglich.“

6. § 4 Abs. 3 hat zu lauten:

„(3) Für die Tage, an denen ein Wehrpflichtiger nach § 2 Abs. 1 lit. a, b oder c des Wehrgesetzes eingesetzt ist, gebührt ihm ein erhöhtes Taggeld; dieses beträgt für Wehrpflichtige, die ein Taggeld nach Abs. 1 erhalten, bei Wehrmännern, Chargen und Unteroffizieren 45 S täglich, bei Offizieren 90 S täglich und für Wehrpflichtige, die ein Taggeld nach Abs. 2 erhalten, 100 S täglich.“

7. § 6 Abs. 4 hat zu lauten:

„(4) Die im Abs. 3 genannte Prämie ist dem Wehrpflichtigen monatlich im nachhinein am 1. jeden Monats für den vorangegangenen Monat oder für Teile dieses Monats, für den letzten Monat eines im Abs. 3 genannten Präsenzdienstes oder für Teile dieses Monats aber am Tage der Entlassung aus dem Präsenzdienst auszuführen. Tritt der Wehrpflichtige unmittelbar vor seiner Entlassung aus dem Präsenzdienst eine Dienstfreistellung an, so ist ihm die für den letzten Monat des Präsenzdienstes oder für Teile dieses Monats gebührende Prämie am Tage vor dem Antritt der Dienstfreistellung auszuführen. Fällt ein Auszahlungstag auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, so ist die Prämie an jenem Tage auszuführen, der diesem Auszahlungstag unmittelbar vorangeht und nicht selbst ein Samstag, Sonntag oder Feiertag ist.“

8. § 7 a hat zu lauten:

„Fahrkostenvergütung

§ 7 a. (1) Wehrpflichtige, die Präsenzdienst leisten, Wehrpflichtige der Reserve sowie die im § 33 Abs. 5 lit. a bis c des Wehrgesetzes angeführten Personen haben nach Maßgabe der folgenden Absätze Anspruch auf Fahrkostenvergütung.

(2) Wehrpflichtige, die Präsenzdienst leisten, haben Anspruch auf Vergütung der notwendigen Fahrkosten, die ihnen

- a) bei Antritt des Präsenzdienstes durch die Fahrt auf der Strecke zwischen der Wohnung oder Arbeitsstelle im Inland, sofern aber diese im Ausland gelegen sind, zwischen der Staatsgrenze und der militärischen Dienststelle, zu der der Wehrpflichtige einberufen ist,
- b) bei der Entlassung aus dem Präsenzdienst oder bei Antritt einer Dienstfreistellung nach § 39 des Wehrgesetzes unmittelbar vor der Entlassung aus dem Präsenzdienst durch die Fahrt auf der in der lit. a genannten Strecke,

c) bei Antritt und Beendigung einer anderen als der in lit. b umschriebenen Dienstfreistellung nach § 39 des Wehrgesetzes, durch die Hin- und Rückfahrt auf der in der lit. a genannten Strecke,

d) monatlich einmal während des Grundwehrdienstes oder des freiwillig verlängerten Grundwehrdienstes durch eine Hin- und Rückfahrt auf der in der lit. a genannten Strecke, sofern im selben Monat nicht lit. b oder c anzuwenden ist und es die jeweiligen militärischen Erfordernisse sonst zulassen, daß der Wehrpflichtige seine militärische Dienststelle verläßt,

e) bei der Inanspruchnahme der beruflichen Bildung (§ 28 c des Wehrgesetzes) durch die Hin- und Rückfahrten auf der Strecke zwischen der Wohnung oder Arbeitsstelle im Inland, sofern aber diese im Ausland gelegen sind, zwischen der Staatsgrenze und dem Orte der beruflichen Bildung oder zwischen der militärischen Dienststelle, bei der der Wehrpflichtige Präsenzdienst leistet, und dem Orte der beruflichen Bildung

erwachsen.

(3) Wehrpflichtige der Reserve haben Anspruch auf Vergütung der notwendigen Fahrtkosten, die ihnen

a) bei der Übernahme oder Rückgabe von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen (§ 33 des Wehrgesetzes) durch die Hin- und Rückfahrt auf der Strecke zwischen der Wohnung oder Arbeitsstelle im Inland, sofern aber diese im Ausland gelegen sind, zwischen der Staatsgrenze und dem Ort, an dem die Übernahme oder Rückgabe der Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände zu erfolgen hat,

b) bei der Inanspruchnahme der beruflichen Bildung durch die Hin- und Rückfahrten auf der Strecke zwischen der Wohnung oder Arbeitsstelle im Inland, sofern aber diese im Ausland gelegen sind, zwischen der Staatsgrenze und dem Orte der beruflichen Bildung

erwachsen.

(4) Die im § 33 Abs. 5 lit. a bis c des Wehrgesetzes genannten Personen haben Anspruch auf Vergütung der notwendigen Fahrtkosten, die ihnen anlässlich der Rückgabe der Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände auf der im Abs. 3 lit. a genannten Strecke erwachsen.

(5) Notwendige Fahrkosten im Sinne der Abs. 2 bis 4 sind jene Kosten, die bei Benützung eines Massenbeförderungsmittels unter Bedachnahme auf die den Wehrpflichtigen zumutbare

sowie den dienstlichen Erfordernissen entsprechende Fahrtdauer den geringsten Aufwand verursachen; § 6 der Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl. Nr. 133, gilt sinngemäß.

(6) Sofern es im Interesse der Einfachheit und Zweckmäßigkeit gelegen ist, sind den Wehrpflichtigen, die Präsenzdienst leisten, Fahrscheine (Gutscheine) für die Benützung des jeweils in Betracht kommenden Massenbeförderungsmittels (Abs. 5) zur Verfügung zu stellen. Werden Fahrscheine (Gutscheine) nicht zur Verfügung gestellt, so sind die notwendigen Fahrtkosten

- a) in den Fällen des Abs. 2 lit. c und d innerhalb von drei Tagen nach der Rückkehr zu der militärischen Dienststelle bei dieser Dienststelle,
- b) in den Fällen des Abs. 2 lit. e für jeden Kalendermonat innerhalb einer Woche nach Ablauf dieses Monats, spätestens aber innerhalb einer Woche nach Beendigung der beruflichen Bildung bei der militärischen Dienststelle, bei der der Wehrpflichtige Präsenzdienst leistet, und in den Fällen des Abs. 3 lit. b innerhalb des genannten Zeitraumes beim zuständigen Militärkommando

nachzuweisen. Wird der Nachweis innerhalb der genannten Fristen unterlassen, so erlischt der Anspruch auf die Fahrtkostenvergütung.

(7) Die Fahrtkostenvergütung ist, sofern nicht Fahrscheine (Gutscheine) zur Verfügung gestellt werden,

- a) in den Fällen des Abs. 2 lit. a innerhalb von 30 Tagen nach dem Antritt des Präsenzdienstes, spätestens aber am Tage der Entlassung aus diesem,
- b) in den Fällen des Abs. 2 lit. b am Tage der Entlassung aus dem Präsenzdienst oder am Tage vor dem Antritt der Dienstfreistellung,
- c) in den Fällen des Abs. 2 lit. c, d und e innerhalb von 30 Tagen nach dem Nachweis der notwendigen Fahrtkosten, spätestens aber am Tage der Entlassung aus dem Präsenzdienst,
- d) in den Fällen des Abs. 3 lit. a und Abs. 4 innerhalb von 30 Tagen nach Übernahme oder Rückgabe der Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände,
- e) in den Fällen des Abs. 3 lit. b innerhalb von 30 Tagen nach dem Nachweis der notwendigen Fahrtkosten,

auszuzahlen.“

9. Der zweite Satz des § 12 Abs. 3 hat zu lauten:

„Zur laufenden Ergänzung dieser Gegenstände erhält der Wehrpflichtige von dem auf den Tag

des Dienstantritts folgenden Monatsersten an bis zu seiner Außerstandbringung monatlich einen Betrag von 30 S.“

10. Nach dem § 12 ist folgender neuer § 12 a einzufügen:

„Versicherungsaufwand

§ 12 a. Werden Wehrpflichtige im Rahmen ihres Präsenzdienstes zu einer Verwendung herangezogen, die bei Beamten einen Anspruch nach § 20 Abs. 1 des Gehaltsgesetzes 1956 in der geltenden Fassung auf Ersatz der ihnen aus dieser dienstlichen Verwendung notwendigerweise erwachsenden Versicherungskosten begründet, so sind die aus einer solchen Verwendung für die Wehrpflichtigen notwendigerweise erwachsenden Versicherungskosten vom Bund zu tragen.“

11. Die §§ 13 bis 16 haben zu lauten:

„Ärztliche Betreuung

§ 13. (1) Die ärztliche Überwachung des Gesundheitszustandes und die ärztliche Behandlung der Wehrpflichtigen obliegt den Militärärzten. Diese Ärzte haben auch zu bestimmen, ob ein Wehrpflichtiger, dem das Wohnen außerhalb der militärischen Unterkunft nach § 8 Abs. 2 bewilligt ist, im Falle der Erkrankung oder Verletzung in häuslicher Pflege belassen werden kann oder zur näheren Feststellung oder zur Behandlung der Erkrankung beziehungsweise Verletzung in eine heeres-eigene Sanitätseinrichtung oder in eine öffentliche oder private Krankenanstalt zu überstellen ist.

(2) Militärärzte sind die als Offiziere des militärmedizinischen Dienstes sowie die auf Grund eines Vertrages oder auf Grund einer Einberufung zum ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst beim Bundesheer tätigen Ärzte.

Krankenbehandlung und Anstaltspflege

§ 14. (1) Die Wehrpflichtigen haben für die im Abs. 4 bestimmte Dauer Anspruch auf unentgeltliche Krankenbehandlung und Anstaltspflege. Die Krankenbehandlung umfaßt die notwendige ärztliche Hilfe durch einen Militärarzt sowie die Versorgung mit den notwendigen Heilmitteln und Heilbehelfen. Hat sich der Wehrpflichtige vor Antritt des Präsenzdienstes in einer ärztlichen Behandlung befunden, so ist auf diese bei der Krankenbehandlung Bedacht zu nehmen. Sofern die Art der Krankheit oder Verletzung es erfordert, hat an die Stelle der Krankenbehandlung die Anstaltspflege in einer heeres-eigenen Sanitätseinrichtung zu treten.

(2) Kann die notwendige Krankenbehandlung oder Anstaltspflege nach Abs. 1 nicht oder nicht rechtzeitig (z. B. bei Unfällen, plötzlichen Erkrankungen oder ähnlichen Ereignissen) oder

nicht in vollem Umfang (z. B. mangels erforderlicher technischer Einrichtungen) erfolgen, so hat an die Stelle dieser Krankenbehandlung oder Anstaltspflege die Krankenbehandlung durch einen anderen Arzt oder die Anstaltspflege in einer öffentlichen oder, wenn dies nicht möglich ist, in einer privaten Krankenanstalt zu treten. Der Wehrpflichtige ist jedoch der im Abs. 1 vorgesehenen Krankenbehandlung oder Anstaltspflege zuzuführen, sobald sein Gesundheitszustand die für den Wechsel der Krankenbehandlung oder Anstaltspflege notwendigen Maßnahmen zuläßt.

(3) Zum Zwecke der Fortsetzung einer vor Antritt des Präsenzdienstes begonnenen ärztlichen Behandlung darf der Wehrpflichtige in der dienstfreien Zeit einen Arzt seines Vertrauens in Anspruch nehmen; er hat darüber seiner militärischen Dienststelle Meldung zu erstatten. Ansonsten bedarf die Inanspruchnahme einer anderen als der im Abs. 1 oder Abs. 2 vorgesehenen Krankenbehandlung oder Anstaltspflege durch Wehrpflichtige einer Bewilligung ihrer militärischen Dienststelle; diese hat auf ein vor ihrer Entscheidung einzuholendes militärärztliches Gutachten Bedacht zu nehmen. Die Bewilligung darf für die ärztliche Behandlung einer Erkrankung oder Verletzung, bei der Lebensgefahr besteht (z. B. Operation), nicht versagt werden.

(4) Der Anspruch der Wehrpflichtigen auf Krankenbehandlung und Anstaltspflege nach Abs. 1 oder Abs. 2 beginnt mit dem Tage, für den sie einberufen worden sind, und endet mit dem Tage der Entlassung aus dem Präsenzdienst. Wird der Wehrpflichtige vor dem Abschluß der Krankenbehandlung oder Anstaltspflege nach Abs. 1 oder Abs. 2 aus dem Präsenzdienst entlassen und hat er keinen Leistungsanspruch aus einer gesetzlichen Krankenversicherung, so bleibt sein Anspruch auf Krankenbehandlung und Anstaltspflege nach Abs. 1 oder Abs. 2 noch für deren notwendige Dauer, höchstens jedoch bis zum Ablauf von acht Wochen nach dem Tage der Entlassung aus dem Präsenzdienst, aufrecht.

Zahnbehandlung und Zahnersatz

§ 15. (1) Die Wehrpflichtigen haben nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Anspruch auf Zahnbehandlung und Zahnersatz.

(2) Der Anspruch auf Zahnbehandlung umfaßt die während des Präsenzdienstes notwendige chirurgische und konservierende Zahnbehandlung, ferner Kieferregulierungen, soweit sie zur Verhütung von schweren Gesundheitsschädigungen oder zur Beseitigung von berufsstörenden Verunstaltungen notwendig sind. Zahnersatz gebührt insoweit, als er zur Verhütung von schweren Gesundheitsschädigungen oder zur Beseitigung von berufsstörenden Verunstaltungen notwendig ist.

(3) Die Leistungen nach Abs. 2 sind durch Militärärzte oder, soweit Dentisten zur Erbringung von Leistungen der im Abs. 2 umschriebenen Art nach dem Dentistengesetz, BGBl. Nr. 90/1949, befugt sind, auch durch Dentisten zu erbringen, die auf Grund eines Vertrages oder auf Grund einer Einberufung zum ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst beim Bundesheer tätig sind.

(4) Können die Leistungen nach Abs. 2 durch den im Abs. 3 bezeichneten Personenkreis nicht oder nicht rechtzeitig (z. B. bei Unfällen, plötzlichen Erkrankungen oder ähnlichen Ereignissen) oder nicht in vollem Umfang (z. B. mangels erforderlicher technischer Einrichtungen) erbracht werden, so tritt an die Stelle der Erbringung der Leistungen nach Abs. 2 durch den im Abs. 3 genannten Personenkreis die Erbringung dieser Leistungen durch einen anderen Arzt oder Dentisten.

(5) Hinsichtlich der Fortsetzung einer vor Antritt des Präsenzdienstes begonnenen Zahnbehandlung gilt § 14 Abs. 3 erster Satz, hinsichtlich der Dauer des Anspruches auf Zahnbehandlung und Zahnersatz § 14 Abs. 4 sinngemäß.

Kostenregelung

§ 16. (1) In den Fällen des § 14 Abs. 2 trägt der Bund für die Anstaltspflege in einer öffentlichen Krankenanstalt die in der allgemeinen Gebührenklasse anfallenden Kosten, für die Anstaltspflege in einer privaten Krankenanstalt sowie für die Krankenbehandlung die tatsächlich erwachsenen Kosten. In den Fällen des § 15 Abs. 4 trägt der Bund die tatsächlich erwachsenen Kosten für Zahnbehandlung und Zahnersatz. Die Kosten für Heilbehelfe trägt der Bund bis zur Höhe der für die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter geltenden Kostensätze.

(2) Die Kosten, die einem Wehrpflichtigen durch die Fortsetzung einer vor Antritt des Präsenzdienstes begonnenen ärztlichen Behandlung durch einen Arzt seines Vertrauens erwachsen (§ 14 Abs. 3 erster Satz und § 15 Abs. 5), sind ihm vom Bund bis zur Höhe der für die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter geltenden Kostensätze zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des Abs. 1 und des Abs. 2 gelten nicht, wenn der Wehrpflichtige die Krankenbehandlung oder Anstaltspflege, für die nach Abs. 1 oder Abs. 2 Kosten zu tragen oder zu ersetzen wären, während der Zeit einer Dienstfreistellung nach § 39 des Wehrgesetzes in Anspruch nimmt und zu dieser Zeit in der Allgemeinen Sozialversicherung oder in einer der im § 2 Abs. 2 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 23/1974 genannten Sondersicherungen krankenversichert ist.“

12. Der bisherige § 17 hat zu entfallen; der bisherige § 17 a erhält die Bezeichnung § 17.

13. Nach dem § 17 ist folgender neuer § 17 a einzufügen:

„Ersatzansprüche

§ 17 a. (1) Hat der Bund infolge eines Ereignisses, das die Gesundheitsschädigung oder den Tod eines Wehrpflichtigen bewirkt hat, Leistungen nach § 14 Abs. 1 oder § 15 Abs. 1 bis 3 erbracht oder Kosten nach § 16 oder § 17 getragen und stehen dem Wehrpflichtigen oder den Rechtsnachfolgern des Wehrpflichtigen auf Grund dieses Ereignisses Schadenersatzansprüche gegen einen Dritten zu, so gehen diese Ansprüche bis zur Höhe des dem Bund erwachsenen Aufwandes auf den Bund über.

(2) Hat der Bund dem Geschädigten durch Erbringung von Leistungen nach § 14 Abs. 1 oder § 15 Abs. 1 bis 3 oder durch Kostentragung nach § 16 oder § 17 einen Schaden ersetzt, den der Geschädigte ansonsten nach dem Amtshaftungsgesetz gegen den Bund hätte geltend machen können, so kann der Bund von den Personen, die als seine Organe gehandelt und die Rechtsverletzung vorsätzlich oder grob fahrlässig verübt oder verursacht haben, innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des Ereignisses Rückersatz begehren. In diesem Falle sind die Bestimmungen des Amtshaftungsgesetzes über den Rückersatz mit Ausnahme des § 3 Abs. 1, des § 6 Abs. 2 und des § 10 Abs. 1 und 2 sinngemäß anzuwenden.

(3) Der nach Abs. 1 oder 2 zu ersetzende Aufwand ist, soweit er Krankentransporte mit heeres-eigenen Kraftfahrzeugen und Leistungen nach diesem Bundesgesetz in heeres-eigenen Sanitätseinrichtungen betrifft, nach dem Durchschnitt für solche Aufwendungen erwachsener Kosten zu berechnen. Diese Durchschnittskosten sind vom Bundesminister für Landesverteidigung durch Verordnung festzustellen.“

14. § 28 b hat zu lauten:

„Auszahlung bei Einsätzen und einsatzähnlichen Übungen

§ 28 b. Während eines Einsatzes nach § 2 des Wehrgesetzes sowie während einsatzähnlicher Übungen ist die Auszahlung der nach dem II., III. und VI. Abschnitt dieses Bundesgesetzes gebührenden Beträge, die militärischen Dienststellen obliegt, insoweit abweichend von den in den genannten Abschnitten festgelegten Auszahlungsfristen und Auszahlungsterminen durchzuführen, als dies die jeweiligen militärischen Rücksichten erfordern.“

Der bisherige § 28 b erhält die Bezeichnung § 28 c.

Artikel II

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Oktober 1976 in Kraft.

(2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist hinsichtlich

1. des Art. I Z. 10 der Bundesminister für Landesverteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen,
2. des Art. I Z. 13 soweit diese Bestimmungen § 17 a Abs. 1 und 2 betreffen, der Bundesminister für Justiz,
3. der übrigen Bestimmungen der Bundesminister für Landesverteidigung, und zwar soweit hierbei der Wirkungsbereich anderer Bundesminister berührt wird, im Einvernehmen mit diesen

betraut.

| | | |
|--------|---------------|-----------|
| | Kirchschläger | |
| Häuser | Lütgendorf | Androsch |
| Broda | | Leodolter |

314. Bundesgesetz vom 23. Juni 1976 über die Abgeltung von Prüfungstätigkeiten im Bereich des Schulwesens mit Ausnahme des Hochschulwesens und über die Entschädigung der Mitglieder von Gutachterkommissionen gemäß § 15 des Schulunterrichtsgesetzes

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Den Bundesbediensteten und Landeslehrern, die als Prüfer oder Mitglied einer Prüfungskommission bei den in der Anlage I angeführten Prüfungen tätig sind, gebühren hiefür die in der Anlage genannten Entschädigungen.

§ 2. Die Bestimmungen des § 1 gelten auch für Personen, die nicht Bundesbedienstete oder Landeslehrer sind, sofern sie eine der in der Anlage genannten Tätigkeiten an öffentlichen Schulen des Bundes oder in Prüfungskommissionen des Bundes ausüben und für diese Prüfungen keine Prüfungsgebühren eingehoben werden.

§ 3. (1) Die in der Anlage I genannten Entschädigungen gebühren für jeden Prüfungskandidaten; sofern jedoch in der Anlage Prüfungsteile genannt werden, gebührt dem Prüfer die in der Anlage genannte Entschädigung für jeden Prüfungsteil.

(2) Sofern bei schriftlichen Prüfungen im Rahmen von Externistenprüfungen (§ 42 des Schulunterrichtsgesetzes, BGBl. Nr. 139/1974) bei einer Prüfung nur über den Teilbereich eines Unterrichtsgegenstandes u. ä. Tests verwendet werden und dadurch der Arbeitsaufwand des Prüfers und sonstiger an der Prüfung Beteiligter geringer ist als bei der Durchführung sonstiger schriftlicher Prüfungen, hat der Bundesminister für Unterricht und Kunst generell

durch Verordnung oder im Einzelfall die Prüfungsentschädigung im Verhältnis zur Prüfungsentschädigung für Externistenprüfungen gemäß der Anlage I unter Bedachtnahme auf das Verhältnis des Arbeitsumfanges festzusetzen.

§ 4. Den Personen, die als Mitglieder in die gemäß § 15 Abs. 2 des Schulunterrichtsgesetzes eingerichteten Gutachterkommissionen als Sachverständige berufen werden, gebührt für ihre Tätigkeit in der Gutachterkommission eine Entschädigung nach Maßgabe der Anlage II.

§ 5. (1) Die in den Anlagen I und II angeführten Beträge erhöhen sich jeweils zum 1. September eines Jahres um den Hundertsatz, um den der Gehalt eines Beamten der Allgemeinen Verwaltung der Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V einschließlich einer allfälligen Teuerungszulage in dem dem jeweiligen 1. September vorangegangenen Jahr ansteigt.

(2) Die sich nach Abs. 1 ergebenden Beträge sind in der Weise auf volle Schillingbeträge zu runden, daß Restbeträge unter 50 Groschen vernachlässigt und Restbeträge von 50 und mehr Groschen auf den nächsten vollen Schillingbetrag aufgefüllt werden. Der Berechnung einer allfälligen weiteren Erhöhung sind jedoch die ungerundeten Beträge zugrunde zu legen.

§ 6. (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Jänner 1976 in Kraft.

(2) Die Bestimmungen der Anlage I über die Entschädigungen für Prüfungen an Akademien für Sozialarbeit bzw. Berufspädagogischen Akademien sind bis 31. August 1976 auf die entsprechenden Prüfungen an Lehranstalten für gehobene Sozialberufe bzw. Berufspädagogischen Lehranstalten anzuwenden.

(3) Durch die für Prüfungen oder Tätigkeiten in Gutachterkommissionen in der Zeit vom 1. September 1974 bis 31. Dezember 1975 gewährten Entschädigungen gelten diese als abgegolten.

§ 7. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist, soweit sie nicht den Ländern obliegt, der Bundesminister für Unterricht und Kunst, hinsichtlich der land- und forstwirtschaftlichen Schulen jedoch der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betraut.

| | | |
|--------|----------------------|-------|
| | Kirchschläger | |
| Häuser | Sinowatz | Weihs |

Anlage I

I. Allgemeinbildende und berufsbildende Pflichtschulen:

1. Externistenprüfungen für die Volksschule und die Sonderschule (§ 42 SchUG):

Vorsitzender 22,—

Schilling

| | |
|---|-----------|
| | Schilling |
| Prüfer: | |
| für jeden Prüfungsteil..... | 29,— |
| fachkundiger Beisitzer als Schriftführer | 22,— |
| 2. Externistenprüfungen für die Hauptschule und den Polytechnischen Lehrgang (§ 42 SchUG): | |
| Vorsitzender | 22,— |
| Prüfer: | |
| für den mündlichen oder praktischen Teil..... | 43,— |
| für den schriftlichen Teil..... | 58,— |
| fachkundiger Beisitzer als Schriftführer | 22,— |
| 3. Externistenprüfungen für die Berufsschule (§ 42 SchUG): | |
| Vorsitzender | 22,— |
| Prüfer: | |
| für den mündlichen Teil..... | 43,— |
| für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil ... | 58,— |
| fachkundiger Beisitzer als Schriftführer | 22,— |
| 4. Einstufungsprüfungen und Aufnahmsprüfungen, sofern nicht Z. 5 in Betracht kommt (§ 3 Abs. 6, § 6 und § 28 Abs. 3 SchUG): | |
| Vorsitzender | 14,— |
| Prüfer: | |
| für den mündlichen oder praktischen Teil..... | 29,— |
| für den schriftlichen Teil..... | 43,— |
| 5. Einstufungsprüfungen für die Berufsschule (§ 3 Abs. 6 und § 6 SchUG): | |
| Vorsitzender | 14,— |
| Prüfer: | |
| für den mündlichen Teil..... | 29,— |
| für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil ... | 43,— |
| 6. Kommissionelle Prüfung, sofern nicht Z. 7 in Betracht kommt (§ 70 Abs. 3 SchUG): | |
| Vorsitzender | 29,— |
| Prüfer: | |
| für den mündlichen oder praktischen Teil..... | 29,— |
| für den schriftlichen Teil..... | 43,— |
| fachkundiger Beisitzer als Schriftführer | 22,— |
| 7. Kommissionelle Prüfung für die Berufsschule (§ 70 Abs. 3 SchUG): | |
| Vorsitzender | 29,— |

| | Schilling | | Schilling |
|----------------------------------|-----------|-------------------------------------|-----------|
| Prüfer: | | für den schriftlichen Teil..... | 58,— |
| für den mündlichen Teil..... | 29,— | fachkundiger Beisitzer als | |
| für den schriftlichen, graphi- | | Schriftführer..... | 22,— |
| schen oder praktischen Teil... | 43,— | 5. Aufnahmsprüfungen und Ein- | |
| fachkundiger Beisitzer als | | stufungsprüfungen (§§ 6 ff., § 26 | |
| Schriftführer..... | 22,— | Abs. 2, § 28 Abs. 3, § 29 Abs. 5 | |
| II. Allgemeinbildende höhere | | und § 30 Abs. 2 und 3 SchUG): | |
| Schulen sowie die ent- | | Vorsitzender..... | 14,— |
| sprechenden Schulen für | | Prüfer: | |
| Berufstätige: | | für den mündlichen oder prak- | |
| 1. Reifeprüfungen (§§ 34 ff. | | tischen Teil..... | 29,— |
| SchUG): | | für den schriftlichen Teil..... | 43,— |
| Vorsitzender..... | 43,— | 6. Prüfungen für die Nostrifikation | |
| Schulleiter..... | 36,— | ausländischer Zeugnisse (§ 73 | |
| Klassenvorstand..... | 22,— | SchUG): | |
| Prüfer: | | wie Z. 4 | |
| für den mündlichen oder prak- | | 7. Zusatzprüfungen zur Reifeprü- | |
| tischen Teil..... | 36,— | fung, die nicht im Rahmen der | |
| für den schriftlichen Teil..... | 65,— | Reifeprüfung abgelegt werden | |
| Schriftführer..... | 22,— | (§ 41 Abs. 2 SchUG): | |
| 2. Vorprüfung (§ 36 Abs. 6 | | wie Z. 4 | |
| SchUG): | | 8. Abschlußprüfungen an Gym- | |
| Vorsitzender..... | 29,— | nasien und Realgymnasien für | |
| Werkstättenleiter..... | 22,— | Berufstätige: | |
| Prüfer: | | Vorsitzender..... | 22,— |
| für den mündlichen Teil..... | 36,— | Prüfer..... | 58,— |
| für den schriftlichen, graphi- | | Beisitzer als Schriftführer..... | 22,— |
| schen oder praktischen Teil... | 65,— | 9. Kommissionelle Prüfung (§ 70 | |
| Schriftführer..... | 22,— | Abs. 3 SchUG): | |
| 3. Externistenreifepfung (§ 42 | | Vorsitzender..... | 29,— |
| SchUG): | | Prüfer: | |
| a) Hauptprüfung: | | für den mündlichen oder prak- | |
| Vorsitzender..... | 43,— | tischen Teil..... | 29,— |
| Schulleiter..... | 58,— | für den schriftlichen Teil..... | 43,— |
| Prüfer: | | fachkundiger Beisitzer als | |
| für den mündlichen oder | | Schriftführer..... | 22,— |
| praktischen Teil..... | 58,— | III. Berufsbildende mittlere und | |
| für den schriftlichen Teil... | 87,— | höhere Schulen einschließ- | |
| Schriftführer in der Funk- | | lich der land- und forstwirt- | |
| tion des Klassenvorstandes.. | 58,— | schaftlichen Schulen sowie | |
| b) Vorprüfungen: | | der entsprechenden Schulen | |
| Schulleiter..... | 22,— | für Berufstätige: | |
| Prüfer: | | 1. Reifeprüfung (§§ 34 ff. SchUG): | |
| für den mündlichen oder | | Vorsitzender..... | 43,— |
| praktischen Teil..... | 43,— | Schulleiter..... | 36,— |
| für den schriftlichen Teil... | 58,— | Abteilungsvorstand oder Fach- | |
| Schriftführer in der Funk- | | vorstand..... | 22,— |
| tion des Klassenvorstandes.. | 22,— | Werkstättenleiter..... | 22,— |
| 4. Sonstige Externistenprüfungen | | Jahrgangsvorstand..... | 36,— |
| (§ 42 SchUG): | | Prüfer: | |
| Vorsitzender..... | 22,— | für den schriftlichen, graphi- | |
| Prüfer: | | schen oder praktischen Teil... | 65,— |
| für den mündlichen oder prak- | | | |
| tischen Teil..... | 43,— | | |

| | Schilling | | Schilling |
|--|-----------|--|-----------|
| für den mündlichen Teil | 36,— | für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil | 58,— |
| für einen schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil in der Dauer von mindestens 14 Arbeitsstunden, sofern dieser von einem Prüfer durchgeführt wird | 87,— | fachkundiger Beisitzer als Schriftführer | 29,— |
| für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil in der Dauer von mindestens 32 Arbeitsstunden, sofern dieser von einem Prüfer durchgeführt wird | 116,— | 4. Aufnahmsprüfungen und Einstufungsprüfungen (§§ 6 ff., § 3 Abs. 6 und § 26 Abs. 2 SchUG): | |
| Schriftführer | 22,— | Vorsitzender | 14,— |
| 2. Vorprüfung (§ 36 Abs. 6 SchUG): | | Prüfer: | |
| Vorsitzender | 29,— | a) für den mündlichen Teil . . . | 29,— |
| Abteilungsvorstand oder Fachvorstand | 22,— | für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil . . | 43,— |
| Werkstättenleiter | 22,— | b) in den Fällen eines standardisierten Aufnahmeverfahrens . | 29,— |
| Prüfer: | | 5. Sonstige Externistenprüfungen (§ 42 SchUG): | |
| für den mündlichen Teil | 36,— | Vorsitzender | 22,— |
| für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil . . . | 65,— | Prüfer: | |
| Schriftführer | 22,— | für den mündlichen Teil | 43,— |
| 3. Externistenreifeprüfung (§ 42 SchUG): | | für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil . . . | 58,— |
| a) Hauptprüfung: | | fachkundiger Beisitzer als Schriftführer | 22,— |
| Vorsitzender | 43,— | 6. Abschlußprüfung (§§ 34 ff. SchUG): | |
| Schulleiter | 58,— | Vorsitzender | 43,— |
| Schriftführer in der Funktion als Jahrgangsvorstand . . | 58,— | Schulleiter | 36,— |
| Prüfer: | | Abteilungsvorstand oder Fachvorstand | 22,— |
| für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil . . | 87,— | Werkstättenleiter | 22,— |
| für den mündlichen Teil . . . | 58,— | Klassenvorstand | 36,— |
| für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil in der Dauer von mindestens 14 Arbeitsstunden, sofern dieser von einem Prüfer durchgeführt wird | 130,— | Prüfer: | |
| für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil in der Dauer von mindestens 32 Arbeitsstunden, sofern dieser von einem Prüfer durchgeführt wird | 174,— | für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil . . . | 65,— |
| b) Vorprüfungen: | | für den mündlichen Teil | 36,— |
| Schulleiter als Vorsitzender . . | 13,— | für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil in der Dauer von mindestens 14 Arbeitsstunden, sofern dieser von einem Prüfer durchgeführt wird | 87,— |
| Lehrer in der Funktion des Jahrgangsvorstandes | 9,— | für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil in der Dauer von mindestens 32 Arbeitsstunden, sofern dieser von einem Prüfer durchgeführt wird | 116,— |
| Prüfer: | | Schriftführer | 22,— |
| für den mündlichen Teil . . . | 43,— | 7. Externistenabschlußprüfung (§ 42 SchUG): | |
| | | Vorsitzender | 43,— |
| | | Schulleiter | 58,— |

| | Schilling | | Schilling |
|--|-----------|--|-----------|
| Prüfer: | | Prüfer: | |
| für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil ... | 87,— | für den mündlichen Teil | 43,— |
| für den mündlichen Teil | 65,— | für den schriftlichen oder praktischen Teil | 58,— |
| für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil in der Dauer von mindestens 14 Arbeitsstunden, sofern dieser von einem Prüfer durchgeführt wird | 130,— | fachkundiger Beisitzer als Schriftführer | 29,— |
| für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil in der Dauer von mindestens 32 Arbeitsstunden, sofern dieser von einem Prüfer durchgeführt wird | 174,— | 4. Vorprüfungen: | |
| Schriftführer in der Funktion des Klassenvorstandes | 58,— | Prüfer | 22,— |
| 8. Kommissionelle Prüfung (§ 70 Abs. 3 SchUG): | | Beisitzer | 14,— |
| Vorsitzender | 29,— | 5. Einstufungsprüfungen: | |
| Prüfer: | | Vorsitzender | 14,— |
| für den mündlichen Teil | 29,— | Leiter der Lehranstalt | 14,— |
| für den schriftlichen, graphischen oder praktischen Teil ... | 43,— | Prüfer (für jeden Prüfungsteil) .. | 43,— |
| fachkundiger Beisitzer als Schriftführer | 22,— | Schriftführer | 14,— |
| 9. Prüfungen für Nostrifikationen von ausländischen Zeugnissen (§ 73 SchUG): | | 6. Pflichtkolloquien und verpflichtende Seminarprüfungen: | |
| wie Z. 5 | | Prüfer | 14,— |
| IV. Akademien für Sozialarbeit: | | V. Anstalten der Lehrerbildung und der Erzieherbildung und Prüfungskommissionen für Lehrbefähigungen für allgemeinbildende Pflichtschulen: | |
| 1. Diplomprüfung: | | a) Pädagogische Akademien: | |
| Vorsitzender der Prüfungskommission | 43,— | aa) Lehramtsprüfung für Volksschulen: | |
| Leiter der Lehranstalt | 43,— | 1. Hauptprüfung: | |
| Prüfer: | | Vorsitzender der Prüfungskommission | 22,— |
| für den mündlichen Teil | 43,— | Vorsitzender der Teilprüfungskommission | 51,— |
| für den schriftlichen oder praktischen Teil | 58,— | Leiter der Pädagogischen Akademie | 43,— |
| Schriftführer | 14,— | Fachvorstand der Übungsschule | 14,— |
| 2. Diplomprüfung für Externisten: | | 1. Begutachter der Hausarbeit | 116,— |
| Vorsitzender der Prüfungskommission | 43,— | 2. Begutachter der Hausarbeit | 58,— |
| Leiter der Lehranstalt | 65,— | 1. Begutachter der Klausurarbeit | 58,— |
| Prüfer: | | 2. Begutachter der Klausurarbeit | 29,— |
| für den mündlichen Teil | 65,— | Prüfer der mündlichen Prüfung | 43,— |
| für den schriftlichen oder praktischen Teil | 87,— | Schriftführer | 14,— |
| Schriftführer | 14,— | 2. Vorprüfungen und Dispensprüfungen: | |
| 3. Vorbereitungslehrgang für Externisten: | | Prüfer | 22,— |
| Vorsitzender | 22,— | Beisitzer | 14,— |
| | | 3. Pflichtkolloquien und verpflichtende Seminarprüfungen: | |
| | | Prüfer | 14,— |

| | Schilling | | Schilling |
|--|-----------|---|-----------|
| 4. Wiederholungsprüfungen: | | 2. Begutachter | 22,— |
| a) Wiederholung der Hausarbeit: | | 5. Wiederholung einer mündlichen Prüfung: | |
| 1. Begutachter | 87,— | Fachvorstand der Ausbildungsgänge | 14,— |
| 2. Begutachter | 43,— | Prüfer | 43,— |
| b) Wiederholung der Klausurarbeit: | | 6. Wiederholung einer mündlichen Prüfung aus Didaktik: | |
| 1. Begutachter | 43,— | Prüfer | 43,— |
| 2. Begutachter | 22,— | Beisitzer | 14,— |
| c) Wiederholung der mündlichen Prüfung: | | 7. Pflichtkolloquien und verpflichtende Seminarprüfungen: | |
| Prüfer | 43,— | Prüfer | 14,— |
| Schriftführer | 14,— | b) Berufspädagogische Akademien und Berufspädagogische Institute: | |
| d) Wiederholung einer Vorprüfung: | | aa) Lehramtsprüfung bzw. Lehrbefähigungsprüfung: | |
| Prüfer | 22,— | Vorsitzender der Prüfungskommission | 43,— |
| Beisitzer | 14,— | Leiter | 43,— |
| bb) Lehramtsprüfungen für Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnische Lehrgänge: | | Lehrgangsvorstand | 29,— |
| 1. Hauptprüfung: | | Prüfer: | |
| Vorsitzender der Prüfungskommission | 14,— | für den mündlichen Teil... | 43,— |
| Leiter der Pädagogischen Akademie | 14,— | für den schriftlichen oder praktischen Teil | 43,— |
| Fachvorstand der Übungsschule | 14,— | für Lehrprobe | 43,— |
| Fachvorstand für die Ausbildungsgänge | 22,— | Schriftführer | 14,— |
| 1. Begutachter der Hausarbeit | 116,— | bb) Vorprüfungen: | |
| 2. Begutachter der Hausarbeit | 58,— | Prüfer | 22,— |
| 1. Begutachter der Klausurarbeit | 58,— | Beisitzer | 14,— |
| 2. Begutachter der Klausurarbeit | 29,— | cc) Teilprüfung bzw. Einstufungsprüfung: | |
| Prüfer der mündlichen Prüfung | 43,— | Vorsitzender | 14,— |
| 2. Abschließende Prüfungen für Schulrechtskunde und für Biologische Grundlagen und Dispensprüfungen: | | Leiter | 14,— |
| Prüfer | 22,— | Lehrgangsvorstand | 14,— |
| Beisitzer | 14,— | Prüfer: | |
| 3. Wiederholung einer Hausarbeit: | | für den mündlichen Teil... | 43,— |
| 1. Begutachter | 87,— | für den schriftlichen oder praktischen Teil | 58,— |
| 2. Begutachter | 43,— | Schriftführer | 14,— |
| 4. Wiederholung einer Klausurprüfung: | | dd) Erweiterungsprüfungen: | |
| 1. Begutachter | 43,— | Vorsitzender | 22,— |
| | | Prüfer: | |
| | | für den mündlichen Teil... | 43,— |
| | | für den schriftlichen oder praktischen Teil | 58,— |
| | | Schriftführer | 14,— |

| | Schilling | | Schilling |
|-----------------------------------|-----------|-----------------------------------|-----------|
| ee) Externistenprüfungen: | | d) Bildungsanstalten für Arbeits- | |
| Lehramtsprüfung bzw. | | lehrerinnen, für Kindergärtne- | |
| Lehrbefähigungsprüfung | | rinnen sowie für Erzieher: | |
| für Externisten: | | aa) Befähigungsprüfung für | |
| Vorsitzender der Prüfungs- | | Arbeitslehrerinnen, Kinder- | |
| kommission | 43,— | gärtnerinnen, Sonderkinder- | |
| Leiter | 65,— | gärtnerinnen, Erzieher und | |
| Lehrgangsvorstand (als | | Sondererzieher (§§ 34 ff. | |
| Schriftführer) | 58,— | SchUG): | |
| Prüfer: | | Vorsitzender der Prüfungs- | |
| für den mündlichen Teil... | 65,— | kommission | 43,— |
| für den schriftlichen oder | | Leiter der Bildungsanstalt .. | 36,— |
| praktischen Teil | 87,— | Klassenvorstand..... | 22,— |
| für Lehrprobe | 65,— | Prüfer: | |
| Vorprüfungen: | | für den mündlichen Teil... | 43,— |
| Prüfer | 36,— | für den schriftlichen Teil ... | 58,— |
| Beisitzer | 22,— | für jeden praktischen Prü- | |
| Teilprüfung bzw. Ein- | | fungsteil | 43,— |
| stufungsprüfung: | | für einen praktischen Teil in | |
| Vorsitzender | 14,— | der Dauer von mindestens | |
| Leiter | 22,— | 14 Arbeitsstunden, sofern | |
| Lehrgangsvorstand (als | | dieser von einem Prüfer | |
| Schriftführer) | 22,— | durchgeführt wird | 72,— |
| Prüfer: | | Kindergarten-, Hort-, Heim- | |
| für den mündlichen Teil... | 65,— | und Schulpraxis (je Begut- | |
| für den schriftlichen oder | | achter) | 43,— |
| praktischen Teil | 87,— | Schriftführer | 22,— |
| Erweiterungsprüfungen: | | bb) Eignungsprüfungen und | |
| Vorsitzender | 22,— | Einstufungsprüfungen | |
| Prüfer: | | (§§ 6 ff., § 3 Abs. 6 und § 26 | |
| für den mündlichen Teil... | 65,— | Abs. 2 SchUG): | |
| für den schriftlichen oder | | Vorsitzender | 14,— |
| praktischen Teil | 87,— | Prüfer: | |
| Schriftführer | 14,— | mündlicher Teil..... | 29,— |
| c) Land- und forstwirtschaftliche | | schriftlicher oder praktischer | |
| Berufspädagogische Lehranstalt | | Teil | 43,— |
| Befähigungsprüfung für den | | cc) Externistenbefähigungs- | |
| land- und forstwirtschaftlichen | | prüfung (§ 42 SchUG): | |
| Lehr- und Förderungsdienst: | | Hauptprüfung: | |
| Vorsitzender der Prüfungskom- | | Vorsitzender der Prüfungs- | |
| mission | 43,— | kommission | 43,— |
| Leiter | 43,— | Leiter der Bildungsanstalt.. | 58,— |
| Prüfer: | | Prüfer: | |
| Prüfer der mündlichen Prüfung | 43,— | für den mündlichen Teil... | 65,— |
| 1. Begutachter der Klausur- | | für den schriftlichen Teil ... | 87,— |
| arbeit | 43,— | für jeden praktischen Prü- | |
| 2. Begutachter der Klausur- | | fungsteil | 65,— |
| arbeit | 43,— | für einen praktischen Teil in | |
| 1. Begutachter der Hausarbeit.. | 116,— | der Dauer von mindestens | |
| 2. Begutachter der Hausarbeit.. | 58,— | 14 Arbeitsstunden, sofern | |
| Schriftführer..... | 14,— | sie von einem Prüfer durch- | |
| | | geführt wird | 109,— |

| | Schilling | | Schilling |
|-----------------------------------|-----------|------------------------------------|-----------|
| b) für das Gutachten | | zur Eignungserklärung von | |
| je Seite | 217,— | Unterrichtsmitteln, BGBl. | |
| höchstens jedoch ... | 2 171,— | Nr. 370/1974: | |
| je Gutachten. | | 1. Mitglieder je Arbeitsstunde ... | 174,— |
| 5. Zusätzlich gebühren den in den | | 2. Zusätzlich gebühren den in der | |
| Z. 1 bis 4 genannten Personen | | Z. 1 genannten Personen die | |
| die Reisegebühren im Sinne der | | Reisegebühren im Sinne der | |
| Reisegebührenvorschrift 1955, | | Reisegebührenvorschrift 1955, | |
| BGBl. Nr. 133, und zwar nach | | BGBl. Nr. 133. Soweit jedoch | |
| der Gebührenstufe 3 gemäß § 3 | | auf diese Personen die Reise- | |
| der Reisegebührenvorschrift | | gebührenvorschrift 1955 keine | |
| 1955. | | Anwendung findet, gebührt | |
| II. Gutachterkommissionen ge- | | ihnen der Ersatz des Mehrauf- | |
| mäß § 3 der Verordnung über | | wandes nach der Gebühren- | |
| die Gutachterkommissionen | | stufe 3 gemäß § 3 der Reise- | |
| | | gebührenvorschrift 1955. | |



AMTLICHE SAMMLUNG

WIEDERVERLAUTBARER ÖSTERREICHISCHER RECHTSVORSCHRIFTEN

Bisher sind erschienen:

| | | | |
|--------------|--|--------------|--|
| 1945: | | 1957: | |
| Heft 1: | Osterreichische Strafprozeßordnung vergriffen | Heft 1: | Nationalrats-Wahlordnung 1957 ... S 17'— |
| Heft 2: | Osterreichisches Strafgesetz vergriffen | Heft 2: | Bundespräsidenten-Wahlgesetz 1957 S 7'— |
| Heft 3: | Vergnügungssteuergesetz für Wien.. S 1'— | Heft 3: | Bauarbeiter-Urlaubsgesetz 1957 S 4'50 |
| 1949: | | Heft 4: | Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957 vergriffen |
| Heft 1: | Wohnungsanforderungsgesetz 1949 . S 1'50 | Heft 5: | Preisregelungsgesetz 1957 S 10'— |
| Heft 2: | Lastverteilungsgesetz 1949 S 1'20 | Heft 6: | Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Kriegsoferversorgungswesens .. S 26'— |
| Heft 3: | Wuchergesetz 1949 S 1'— | Heft 7: | Feiertagsruhegesetz 1957 S 8'— |
| Heft 4: | Jugendgerichtsgesetz 1949 S 2'— | Heft 8: | Hausbesorgerordnung 1957 S 6'— |
| Heft 5: | Staatsbürgerschaftsrecht 1949 S 1'50 | Heft 9: | Gebührengesetz 1957 S 28'— |
| Heft 6: | Gesetz über die bedingte Verurteilung 1949 S 1'20 | 1958: | |
| 1950: | | Heft 1: | Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 — ALVG. 1958 S 8'— |
| Heft 1: | Patentrecht 1950 vergriffen | 1959: | |
| Heft 2/3: | Verwaltungsverfahren Agrarverfahrens-Gesetz S 25'— | Heft 1: | Arbeiterurlaubsgesetz 1959 S 2'80 |
| Heft 4: | Wiedereinstellungsgesetz 1950 S 4'— | Heft 2: | Nationalrats-Wahlordnung 1959 .. S 35'— |
| Heft 5: | Epidemiegesetz 1950 S 7'— | Heft 3: | Wasserrechtsgesetz 1959 — WRG. 1959 S 50'— |
| Heft 6: | Preisregelungsgesetz 1950 S 4'— | Heft 4: | Kartellgesetz 1959 S 15'— |
| 1951: | | 1960: | |
| Heft 1: | Agrarbehördengesetz 1950 S 2'— | Heft 1: | Strafprozeßordnung 1960 S 16'— |
| Heft 2: | Todeserklärungs-gesetz 1950 S 3'— | 1961: | |
| Heft 3: | Paßgesetz 1951 S 6'— | Heft 1: | Heimarbeitsgesetz 1960 S 62'— |
| Heft 4: | Kraftloserklärungs-gesetz 1951 S 4'— | 1962: | |
| Heft 5: | Abgabeneinhebungsgesetz 1951 S 4'50 | Heft 1: | Nationalrats-Wahlordnung 1962 ... S 44'— |
| Heft 6: | Rechtsvorschriften auf dem Gebiete der Bodenreform S 16'— | Heft 2: | Bundespräsidenten-Wahlgesetz 1962 S 12'— |
| Heft 7: | Arbeitshausgesetz 1951 S 5'— | Heft 3: | Volksabstimmungsgesetz 1962 S 14'— |
| Heft 8: | Vereinsgesetz 1951 vergriffen | Heft 4: | Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962 (GEG. 1962) S 10'— |
| Heft 9: | Suchtgiftgesetz 1951 S 4'— | Heft 5: | Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1962 (GJGebGes. 1962) S 40'— |
| Heft 10: | Giftgesetz 1951 S 6'— | 1964: | |
| Heft 11: | Lebensmittelgesetz 1951 S 14'— | Heft 1: | Hebammengesetz 1963 S 12'— |
| 1952: | | Heft 2: | Mühlengesetz 1963 S 14'— |
| Heft 1: | Verwaltungsgerichtshofgesetz — VwGG. 1952 S 16'— | 1965: | |
| Heft 2: | Lebensmittelbewirtschaftungs-gesetz 1952 S 7'— | Heft 1: | Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965 — VwGG. 1965 S 26'— |
| Heft 3: | Feuerschutzsteuergesetz 1952 S 4'— | Heft 2: | Gebührenanspruchsgesetz 1965 — GebAG. 1965 S 30'— |
| Heft 4: | Lastverteilungsgesetz 1952 S 6'— | 1968: | |
| 1953: | | Heft 1: | Marktordnungsgesetz 1967 S 40'— |
| Heft 1: | Einführungsgesetz zur Exekutionsordnung (EGEO.) vergriffen | 1970: | |
| Heft 2: | Invalideinstellungsgesetz 1953 ... S 7'50 | Heft 1: | Wählerevidenzgesetz 1970 S 18'— |
| Heft 3: | Beförderungsteuergesetz 1953 S 5'— | Heft 2: | Nationalrats-Wahlordnung 1970 .. S 62'— |
| Heft 4: | Markenrecht S 11'— | Heft 3: | Patentgesetz 1970 vergriffen |
| Heft 5: | Musterschutzgesetz 1953 S 5'50 | Heft 4: | Markenschutzgesetz 1970 S 32'— |
| Heft 6: | Verfassungsgerichtshofgesetz — VerfGG. 1953 S 12'— | Heft 5: | Musterschutzgesetz 1970 S 18'— |
| Heft 7: | Versammlungsgesetz 1953 S 3'50 | 1971: | |
| Heft 8: | Sozialversicherungs-Überleitungsgesetz 1953 — SV-ÜG. 1953 S 28'— | Heft 1: | Bundespräsidentenwahlgesetz 1971 . S 22'— |
| Heft 9: | Verwaltergesetz 1952 S 7'— | 1972: | |
| Heft 10: | Wohnungsanforderungsgesetz 1953 . S 10'— | Heft 1: | Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt 1972 S 12'— |
| 1954: | | 1973: | |
| Heft 1: | Eisenbahnteilnehmungsgesetz — Eisenb.Ent.G. 1954 vergriffen | Heft 1: | Volksabstimmungsgesetz 1972 S 30'— |
| 1956: | | Heft 2: | Volksbegehrgesetz 1973 S 28'— |
| Heft 1: | Arbeitsinspektionsgesetz 1956 — ArbIG. 1956 vergriffen | Heft 3: | Wählerevidenzgesetz 1973 S 30'— |
| Heft 2: | Milchwirtschaftsgesetz 1956 S 7'50 | 1975: | |
| Heft 3: | Getreidewirtschaftsgesetz 1956 S 6'50 | Heft 1: | Strafprozeßordnung 1975 (StPO) .. S 88'— |
| Heft 4: | Viehverkehrsgesetz 1956 S 6'50 | | |

Zu beziehen in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung
Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), Tel. 72 61 51, und durch alle Buchhandlungen